

IG BAU warnt vor Mangel an Seniorenwohnungen: Generation Ü65 wächst im Kreis Unna bis 2035 um 24 Prozent



Barrierefreie Dusche: Mit Blick auf den demografischen Wandel fordert die IG BAU mehr Anstrengungen beim altersgerechten Bauen und Sanieren. Foto: IG BAU

Immer mehr Senioren – aber auch genug altersgerechter Wohnraum? Im Kreis Unna könnte die Zahl der Menschen, die älter als 65 sind, bis zum Jahr 2035 auf 110.700 anwachsen – das sind 24 Prozent mehr als noch im Jahr 2017. Ihr Anteil an der Bevölkerung läge dann bei 30 Prozent (2017: 23 Prozent). Darauf hat die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hingewiesen. Die Gewerkschaft beruft sich hierbei auf eine Demografie-Prognose

des CIMA Instituts für Regionalwirtschaft – und fordert mehr Anstrengungen bei der Schaffung seniorenrechtlicher Wohnungen: „Lift statt Treppe, breitere Türen für Rollator und Rollstuhl, barrierefreie Duschen – nur ein kleiner Teil der Wohnungen im Kreis ist für die rasant wachsende Generation Ü65 geeignet. Das muss sich ändern“, sagt Friedhelm Kreft.

Der Bezirksvorsitzende der IG BAU Westfalen Mitte-Süd spricht von einer „demografischen Notwendigkeit“. Es müssten nicht nur zusätzliche Seniorenwohnungen neu gebaut werden. Auch bei der altersgerechten Sanierung bestehender Wohnungen sei der Nachholbedarf groß. „Wenn die Rentner-Generation nicht stärker berücksichtigt wird, droht vielerorts schon in einigen Jahren eine graue Wohnungsnot“, betont Kreft. Dieses Problem werde bereits jetzt durch die Corona-Pandemie verschärft, weil gerade ältere Menschen einen Großteil des Tages zuhause verbringen müssten.

Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) biete mit ihrem Programm „Altersgerecht Umbauen“ zwar Zuschüsse und Kredite. Das Fördervolumen von 150 Millionen Euro in diesem Jahr reiche aber nicht aus, kritisiert die IG BAU. Der Bund müsse die Förderung mindestens verdoppeln, um das Senioren-Wohnen voranzubringen. Danach sieht es derzeit allerdings nicht aus: Laut Haushaltsplan stehen für die altersgerechten Sanierung im nächsten Jahr nur noch 130 Millionen Euro zur Verfügung.

Am Ende stehe die Lebensqualität Tausender Menschen im Kreis Unna auf dem Spiel. „Es kann nicht sein, dass ein Rentner nur deshalb ins teure Pflegeheim muss, weil eine ambulante Betreuung an der seniorenrechtlicher Ausstattung der eigenen Wohnung scheitert“, macht Kreft deutlich.